



### Presseschau vom 14.03.2016:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends:

Ria.ru: Es ist zu spät, ein Referendum in der Ukraine über eine Autonomie des Donbass durchzuführen, die Einwohner der Region haben sich schon entschieden, indem sie ihr Referendum durchgeführt haben, erklärte gegenüber RIA Nowosti das Oberhaupt der selbst ausgerufenen DVR Alexandr Sachartschenko.

Ukrainische Medien hatten am Samstag über neue Pläne des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko über die Zukunft des Donbass informiert, die die Schaffung einer von Kiew nicht kontrollierten Verwaltung in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste vorsehen, die von den Oligarchen Jurij Bojko und Rinat Achmetow geleitet werden würden. Poroschenko betrachtet angeblich auch die Möglichkeit der Durchführung eines Referendums über eine Autonomie der DVR und LVR im Verband der Ukraine. Eine offizielle Reaktion der ukrainischen Führung auf die Publikationen der Medien ist bisher nicht erfolgt. „Man kann sagen, dass diese Idee sich nicht in das Minsker Format einfügt. Man kann sagen, dass Kiew ständig verschiedene Falschmeldungen nutzt, um die Menschen vom Wesen des Problems abzulenken. Man kann sogar sagen, dass diese Falschmeldungen ein weiteres Instrument der Verzögerung des Minsker Prozesses sind. Aber ich antworte mit Bezug auf das Wesentliche. Nicht Poroschenko, sondern den Ukrainern. Es ist ganz einfach: Der Zug ist abgefahren. Mit der Idee eines solchen Referendums hätte man nicht einmal nach, sondern anstelle des Maidans auftreten müssen. Damals, vor den ersten Opfern im Donbass, vor „dem Odessaer Katyn“, vor dem Schießen auf die Demonstration in Mariupol am 9. Mai, war es möglich über ein Referendum über die Autonomie des Donbass zu

sprechen. Aber damals hat das Maidan-Kiew im Bandera-Rausch einen anderen Weg gewählt – die Gewalt und den Genozid. Und jetzt ist der Zug abgefahren“, sagte Sachartschenko.

Er sagte, dass „die Ukrainer ihre Wahl getroffen haben, indem sie den Maidan und den Staatsstreich unterstützt haben und ihnen keinen Widerstand geleistet“. „Der Donbass hat nach dem Staatsstreich in Kiew auch seine Wahl getroffen. Die Ukrainer haben einen Präsidenten und ein Parlament gewählt, die den Genozid im Donbass organisieren. Die Donezker haben ein Referendum über die Unabhängigkeit durchgeführt und ihre Oberhäupter und Parlamente gewählt. Dies ist die Realität, mit der alle rechnen müssen, die zur Regulierung unseres Konflikts mit Kiew herangezogen werden“, erklärte Sachartschenko. Das Oberhaupt der DVR fügte hinzu, dass die Ukrainer nicht das moralische Recht haben, Entscheidungen bezüglich des Donbass zu treffen. „Nach den Verbrechen, die die Ukraine im Donbass begangen hat, haben die Ukrainer überhaupt keinerlei moralische Rechte, irgendetwas über das Schicksal der Donezker zu entscheiden. Sollen sie ihre Probleme lösen“, sagte er.

„Überhaupt, solange alle – Kiew, Europa, USA – so tun, als ob die Ukraine die wäre, die es vor dem Maidan und dem Staatsstreich gab, wird der Krieg weitergehen. Solange alle so tun, als ob die Krim ukrainisch ist, dass es im Donbass keine Referenden und Wahlen gab, dass es keinen Krieg gibt, werden wir keine politische Regelung erreichen. Der einzige Ausweg, aus der Lage der Dinge herauszukommen, die derzeit entstanden ist, ist es, die Ausgangspositionen der Teilnehmer der politischen Regelung anzuerkennen. Es wird nicht gelingen so zu tun, als ob nicht gewesen wäre – Blut, Tod von Verwandten und Freunden, Kindern und alten Leuten, solange wird man nicht weiterkommen“, schloss Sachartschenko.

## Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden viermal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Insbesondere wurde aus Richtung Luganskoje mit Panzertechnik zweimal Kalinowka beschossen.

Außerdem haben die Kiewer Truppen aus Richtung Troizkoje mit Panzertechnik zweimal das Dorf Sansharowka beschossen sowie mit 82mm-Granatwerfern das Dorf Wewselogorowka. Verluste gibt es nicht.

De.sputniknews.com: Lust auf etwas Neues: EU will neue Strategie in Beziehungen mit Russland

Die Außenminister der EU-Länder werden am Montag auf einer Sondersitzung die Beziehungen zu Russland besprechen. Die Teilnehmer des Treffens werden versuchen, eine neue Strategie der Beziehungen zu Moskau auszuarbeiten, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Montag.

„Vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten zwei Jahre sind die europäischen Hauptstädte zu dem Schluss gekommen, dass es keine Rückkehr zu den Beziehungen mit Russland im Sinne business as usual geben kann“, so eine EU-Quelle. „Jetzt haben wir eigentlich keine gemeinsame Vision der Beziehungen zu Russland, es gibt nur Sanktionen, das kann aber nicht ewig dauern. Wir brauchen eine langfristige Strategie des Zusammenwirkens mit Moskau unter neuen Bedingungen“, so das Resümee.

Eine andere EU-Quelle betonte, dass am Montag keine konkreten Entscheidungen zu erwarten sind. „Das wird eine Art Brainstorming sein, dessen Ergebnisse zu etwas Konkretem bei den nächsten Konsultationen führen können“, so der Informant. Im Unterschied zu dem Treffen im Januar werde es keine von der EU-Kommission im Voraus vorbereiteten Vorschläge geben.

Angesichts der fehlenden Vorschläge bekämen die Außenminister heute die Möglichkeit, sich selbst zum Thema: „Was die EU von den Beziehungen mit Russland will?“ zu äußern. Das russische Außenministerium will demnächst ebenfalls die Beziehungen zur EU „inventarisieren“. „Die aktuellen Beziehungen passen uns ebenfalls nicht“, so eine „Kommersant“-Quelle. Der russische EU-Botschafter Wladimir Tschischow gab im Februar zu, dass weder Moskau noch Brüssel das frühere Format der Beziehungen wiederbeleben wollen.

Eine Rückkehr zur Business-as-usual-Formel sei nicht nötig und nicht möglich. Der Diplomat äußerte die Hoffnung, dass die neuen Beziehungen zwischen Russland und der EU partnerschaftlich, gleichberechtigt und inhaltsvoller sein werden. Eine Basis sollten Expertenkonsultationen unter Teilnahme von Spezialisten aus der EU und Russland bilden. Die erste Runde fand Anfang Februar in Moskau statt.

Laut der Politologin Tatjana Romanowa ist es noch zu früh, von einer Normalisierung der Beziehungen zu sprechen. Einerseits gebe es ein Verständnis von der notwendigen Kooperation, darunter in Bezug auf Syrien und die Ukraine. Andererseits gebe es kein Vertrauen und Einvernehmen in Bezug auf die Prinzipien, auf denen sich die Beziehungen stützen sollten.

Dem Experten Sergej Utkin zufolge bleiben die Forderungen nach Stabilität und Verhinderung einer Eskalation in der Ostukraine ein Stolperstein. Falls keine Beweise der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen auftauchen, könne man kaum von einer Rückkehr zu normalen Beziehungen sprechen, so der Experte.

**Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute Nacht den von der DVR kontrollierten Teil von Sajzewo im Norden von Gorlowka beschossen, es wurden zwei private Häuser zerstört. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.**

**„In der Nacht haben ukrainischen Abteilungen einen massiven Granatbeschuss auf Sajzewo durchgeführt. Zwei Wohnhäuser wurden zerstört, einige weitere Häuser wurden beschädigt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.**

**Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner gleichzeitig aus zwei Richtungen und Verwendung von Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen. Informationen über Verletzte werden noch eingeholt.**

De.sputniknews.com: Machtkampf in Kiew - Premier Jazenjuk schließt Rücktritt nicht aus Julia Timoschenko, die Fraktionsleiterin der Partei „Batkivschtschina“ (Vaterland) im ukrainischen Parlament und Ex-Ministerpräsidenten, hat dazu aufgefordert, in einer Plenarsitzung am Dienstag die Frage des Rücktritts von Premier Arseni Jazenjuk zu erörtern. Das teilte der Pressedienst der Partei am Sonntag mit.

Wie der Abgeordnete der Fraktion der von Jazenjuk geleiteten Partei „Narodny Front“ (Volksfront), Sergej Paschinski, der Zeitung „Lewy Bereg“ sagte, kann der Premier seinen Posten auf eigenen Wunsch verlassen. „Jazenjuk hat öffentlich bestätigt, dass er unter möglichen Szenarien einen freiwilligen Rücktritt in Erwägung zieht“, so Paschinski.

Laut der Ex-Regierungschefin „muss als erstes die Frage der Entlassung des Premiers aus seinem Amt gestellt werden, dann soll entsprechend der Verfassung die gesamte Regierung zurücktreten. Ich denke, das wäre eine faire Abstimmung, eine Abstimmung zum Schutz der Ukraine“.

Die Abstimmung werde zeigen, „ob das Parlament ukrainisch ist oder doch weiterhin dazu

bereit ist, in korrupten Abmachungen zu baden und Menschen ins Verderben zu ziehen“, so die Politikerin.

Die Werchowna Rada hatte am 16. Februar ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Jazenjuk nicht durchsetzen können. Timoschenko hatte die Abgeordneten am 20. Februar eines Komplotts bei der Abstimmung über Jazenjuks Entlassung beschuldigt.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30790/34/307903414.jpg>

Dan-news.info: Das Verteidigungsministerium der DVR hat die Daten über den Beschuss des Dorfes Nikolajewka im Süden der DVR an die OSZE-Mission übergeben, teilte das Verteidigungsministerium der DVR heute mit.

In der Ortschaftsverwaltung wurde erläutert, dass im Verlauf des Beschusses Dächer und Verglasung von vier Wohnhäusern beschädigt wurden.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass gestern Abend die ukrainischen Truppen auf Nikolajewka etwa 30 Granatgeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen haben.

### **Nachmittags:**

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Truppen haben wieder eine Drohne der OSZE-Mission beschossen.

„Wir unterstützen die Anstrengungen der internationalen Organisationen, insbesondere garantieren wir die Sicherheit der Drohnenflüge gemäß den Minsker Vereinbarungen“, sagte er.

„Aber die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte unterlaufen die Anstrengung der Mitarbeiter der OSZE-Mission und führen Beschüsse der Drohnen durch, die das Monitoring der sogenannten „grauen Zone“ durchführen“, unterstrich Marotschko.

Der Vertreter der Volksmiliz berichtete, dass ein weiterer Beschuss einer OSZE-Drohne von den Kiewer Truppen am 13. März um 13:00 vom westlichen Rand des Dorfes Nowoalexandrowka im Popasnaja-Bezirk aus erfolgt ist.

„Durch einen glücklichen Zufall wurde die Drohne nicht ernsthaft beschädigt und kehrte zurück“, fügte er hinzu.

Die ukrainischen Behörden versuchen, durch Drohungen und Einschüchterungen die

Möglichkeit des Übergangs von friedlichen Bürgern vom von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium auf das Territorium der LVR unmöglich zu machen.

„Es muss gesagt werden, dass die ukrainische Führung die Absicht nicht aufgegeben hat, einseitig die Passierpunkte entlang der Abgrenzungslinie zu schließen, um die Möglichkeit des Übergangs friedlicher Einwohner auf das Territorium der Republik zu stoppen“, erinnerte er.

„Dies ist durch die merklichen Unterschiede des Lebensstandards und der Lebensqualität in unserer Republik und auf dem Territorium der Ukraine bedingt, vor allem die Preisunterschiede bei Waren und Dienstleistungen“, erklärte der Vertreter der Volksmiliz.

„Zuvor wurde mitgeteilt, dass die Aufrufe des Leiters der militärisch-zivilen Verwaltung des Lugansker Oblast Georgij Tuka, den Passierpunkt in Staniza Luganskaja zu schließen, keinen Erfolg hatten und im Zusammenhang damit wurde die Entscheidung getroffen, zwangsweise Unterschriften der Bevölkerung unter die Initiative Tukas zu sammeln“, erinnerte er.

„So kommen seit einer Woche in Staniza Luganskaja bewaffnete Personen in Militäruniformen ohne Erkennungsabzeichen zu den Wohnungen der örtlichen Einwohner und zwingen sie durch Einschüchterung, den Aufruf zur Schließung des Übergangs zwischen Staniza Luganskaja und der LVR zu unterschreiben“, teilte Marotschko mit.

Der Vertreter der LVR unterstrich, dass alle Einwohner, zu denen die bewaffneten Personen kamen, „bedingungslos den Aufruf unterschrieben haben, weil sie im Fall einer Weigerung zu unterschreiben Angst um ihr Leben haben“.

Die Volksmiliz der LVR hat den Mitteilungen ukrainischer Massenmedien widersprochen, dass die Milizen angeblich für die Unterbringung der Soldaten Objekte der sozialen Infrastruktur der Republik nutzen.

„Wir haben kein einziges sozial wichtiges Objekt verwendet“, sagte Marotschko.

Dabei unterstrich Marotschko, dass die ukrainische Seite vorsätzlich solche Gerüchte streut, „um ihre Handlungen zur Zerstörung sozial wichtiger Objekte zu rechtfertigen“.

„Bereits im Stadium der Bildung der Volksmiliz haben wir solche Objekte nicht verwendet, weil es aus dem Blickpunkt militärischer Taktik und Strategie ungünstig ist“, sagte der Major. Er erklärte, dass soziale Objekte auf den Karten verzeichnet sind, die ukrainische Artillerie „um einiges eher diese Gebäude „bearbeitet“, als Positionen, die sich an anderen Orten befinden“.

„Aber zu sagen, wo konkret unsere Abteilungen stationiert sind und die Koordinaten, Stationierungsorte zu kommentieren, halte ich für unvernünftig und nicht zielführend, weil dies die Gesundheit unserer Soldaten bedroht“, fügte Marotschko hinzu.

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben die Ortschaft Sajzewo im Norden von Gorlowka über die ganze Nacht hinweg beschossen, es wurden zehn private Wohnhäuser beschädigt. Dies teilte heute die Ortsverwaltung mit.

„Heute haben die ukrainischen Truppen über die ganze Nacht hinweg den Ort beschossen, mehr als 10 Häuser wurden auf den Straßen Politajewa, Karbyschewa und Brusilowa beschädigt“, sagte der Vertreter der Verwaltung Sajzewos.

Nach Angaben der örtlichen Behörden wurde in den Häusern des privaten Sektors die Verglasung beschädigt, es wurden unwesentliche Beschädigungen an tragenden Wänden und Dächern festgestellt.

Heute sind Vertreter des Verteidigungsministeriums nach Sajzewo gefahren mit dem Ziel, die Folgen des nächtlichen Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu erfassen.

Wie ein Korrespondent von DAN vom Ort des Geschehens berichtet, verläuft die Inspektion unter dem Geräusch der Kanonaden.

De.sputniknews.com: Fahnenflucht und Staatsverrat: Ukraine fahndet nach ehemaligen Verteidigungsministern

Die Ukraine hat die Fahndung nach früheren hochrangigen Militärs und zwei Ex-Verteidigungsministern eingeleitet: Michail Jeschel und Pawel Lebedew. Das teilte der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Ukraine und militärische Hauptstaatsanwalt Anatoli Matios mit.

„Die Fahndung nach den ehemaligen Verteidigungsministern Lebedew und Jeschel, ebenso nach dem Ex-Generalstabschef und Befehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Iljin, ist eingeleitet“, sagte Matios und ergänzte, der Admiral werde wegen Beteiligung an einer kriminellen Organisation und Desertion gesucht. Außerdem werde dem Befehlshaber der Seestreitkräfte, Konteradmiral Beresowski, sowie den Stellvertretern des Befehlshabers, Konteradmiral Schakura und Vizeadmiral Jelissejew, Desertion und Staatsverrat vorgeworfen.

Laut der Ukraine soll sich Jeschel schon längere Zeit zur Behandlung in einer medizinischen Einrichtung der Verteidigungsbehörde Weißrusslands befinden. Kiew wirft dem ehemaligen Verteidigungsminister die Vernachlässigung seiner Dienstpflichten im Jahr 2011 bei der Abstimmung einer Liste des zu veräußernden militärischen Eigentums der ukrainischen Streitkräfte vor.

Dan-news.info: Die Wasserversorgung in den Städten und Dörfern der DVR ist im Zusammenhang mit der Einstellung der Arbeit der Donezker Filterstation nicht gestoppt worden, die Städte wurden an Reservequellen angeschlossen. Dies teilte heute sowohl Vertreter der örtlichen Verwaltungen als auch das kommunale Unternehmen „Woda Donbassa“ mit.

„Trotz des Stopps der Donezker Filterstation gibt es in Donezk keine Unterbrechungen der Wasserversorgung. Bei uns ist alles gut“, heißt es im Bürgermeisteramt von Donezk. In der Verwaltung von Jasinowataja wurde auch bestätigt, dass die Einwohner mit Wasser versorgt sind, es gibt keine Unterbrechungen. Die Stadt ist auf eine zusätzliche Wasserversorgungsleitung umgestellt worden.

„Im Zusammenhang mit dem Stopp der Donezker Filterstation gibt es in Awdejewka keine Wasserversorgung. Donezk wurde durch Wasserlieferungen aus Reservequellen kompensiert“, fügte „Woda Donbassa“ hinzu. Gemäß vorliegenden Zahlen, betrug die Bevölkerungszahl von Awdejewka am 1. Januar 2015 etwa 35.000.

Zuvor hatte das Pressezentrum der ATO mitgeteilt, dass in der Folge der Einstellung der Funktion der Donezker Filterstation die Wasserversorgung eines Gebiets mit einer Bevölkerung von 400.000 Einwohnern bedroht ist. Infolgedessen schrieben ukrainische Massenmedien, dass die Bevölkerung der Region ohne Wasserversorgung ist.

„Die Information, dass 400.000 Einwohner ohne Wasser sind, entspricht nicht der Wirklichkeit. Das ist Quatsch“, unterstrich der Pressedienst des Donezker Bürgermeisteramts.

Zuvor hatte der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin mitgeteilt, dass die Beschüsse der Donezker Filterstation von Seiten ukrainischen Streitkräfte nicht aufhören, obwohl es auf dem Territorium der Station und in der Nähe keinen republikanischen Kräfte gibt. Nach seinen Worten weigern sich die Vertreter der OSZE-Mission bisher, dorthin eine Patrouille zu schicken.

Die Donezker Filterstation versorgt Ortschaften auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie mit Wasser. Dies sind vor allem Donezk und Jasinowataja, die Ortschaften Wasiljewka und Spartak, die sich unter Kontrolle der DVR befinden, sowie Awdejewka, Krasnogorowka und Werchnetorezkoje, die derzeit von den ukrainischen Truppen besetzt sind.

Dan-news.info: Das Feuer auf Sajzewo im Norden von Gorlowka von Seiten der ukrainischen Armee kam gleichzeitig aus drei Richtungen. Dies teilte heute ein Vertreter des Verteidigungsministeriums der DVR mit.

„Die ukrainische Seite hat das Feuer auf Sajzewo gleichzeitig von drei Punkten aus eröffnet,

die in verschiedenen Richtungen liegen“, teilte das Ministerium mit.

Der Gesprächspartner der Agentur fügte hinzu, dass im Verlauf der Beschüsse Granatwerfer des Kalibers 82 und 120mm, Panzertechnik, Antipanzerraketen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen angewendet wurden.

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR hat der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR, Mitglied der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ die Erklärung der ukrainischen Medien bezüglich des ungepflegten und unhygienischen Zustands der Territorien der Städte und Ortschaften der Republik kommentiert.

„Das sind alle nur Gerüchte. Wir sind bereit, Vertreter der Ukraine in die Republik einzuladen, damit sie mit eigenen Augen den Stand der Pflege in unseren Städten sehen. Vom Ministerium für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR wurde ein Programm erarbeitet, in dessen Rahmen im Verlauf von zwei Monaten die Reinigung und Pflege der Parks, Plätze und Kinderspielplätze in Hinblick auf den Sommer durchgeführt wird. Derzeit laufen die Arbeiten schon, alles verläuft gemäß dem Zeitplan und normal. Und mir scheint, dass im Vergleich zur Vorkriegszeit die Städte sauberer geworden sind“, sagte der Minister.

De.sputniknews.com: Moskau wird laut Außenminister Sergej Lawrow jedwede Absprache über den Staatsaufbau Syriens unterstützen, wenn diese von der syrischen Regierung und Opposition getroffen wird.

„Wir werden diejenige Absprache über den zukünftigen Aufbau Syriens auch unterstützen, die die Regierung zusammen mit allen Vertretern der Opposition trifft“, sagte Lawrow nach einem Treffen mit dem Außenminister Tunesiens, Khemaies Jhinaoui.

„Wir haben nie versucht, etwas für das syrische Volk zu entscheiden – das haben unsere Kollegen gemacht, nicht wir“, bemerkte Lawrow. „Nur das syrische Volk wird über die Zukunft Syriens entscheiden. Das bedeutet, dass eine jede Form – mag sie sich nennen, wie sie mag: Föderalisierung, Einheitsstaat – von allen Syrern angenommen werden soll“, so der russische Außenminister. Die Verhandlungen in Genf müssten darum alle Oppositionskräfte einschließen.

„Heute beginnt der innersyrische Dialog in Genf. Wir verfolgen, wer sowohl von der Regierung als auch von der Opposition daran teilnimmt. Es ist klar, dass er das ganze Spektrum der politischen Kräfte Syriens einschließen muss, sonst kann er nicht den Status eines repräsentativen Forums beanspruchen, auf dem Kernfragen der Zukunft Syriens besprochen werden“, so der russische Minister weiter.

Lawrow warnte außerdem vor jeglichen radikalen Herangehensweisen oder Ultimaten sowie vor allen Versuchen, den Ausgang der Verhandlungen vorauszubestimmen. Das könne die Atmosphäre für ein Einvernehmen stören: „Eine solche Atmosphäre ist nötig, um den Forderungen der UN-Resolution nachzukommen, die besagen, dass eine politische Regelung in Syrien die Interessen aller politischen Kräfte in Syrien mitberücksichtigen und die Endergebnisse dieses Prozesses auf gegenseitigem Einvernehmen zwischen der Regierung und allen Oppositionellen basieren lassen soll.“



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30811/07/308110723.jpg>

Dan-news.info: Die Stromleitungen in Sajzewo bei Gorlowka sind durch den nächtlichen Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen beschädigt worden, die Einwohner haben keinen Strom. Dies teilte die Ortsverwaltung mit.

„Auf einigen Straßen gibt es schon seit der letzten Nacht keinen Strom. Ein Teil des Ortes wurde in der Folge des Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte etwa vor einer Stunde vom Strom abgeschnitten“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

In der Ortsverwaltung wurde unterstrichen, dass die kommunalen Dienste bereits mit den Reparaturen begonnen haben. Die Funktion der Hochspannungsleitung und die Stromversorgung des Ortes sollen bis Ende des Tages wieder in Gang gebracht werden unter der Bedingung einer Feuereinstellung.

Dan-news.info: Das kommunale Unternehmen „Woda Donbassa“ verfügt über keine Informationen bezüglich des Zeitraums bis zur Wiederaufnahme der Arbeit der Donezker Filterstation, die aufgrund von Beschüssen der ukrainischen Streitkräfte gestoppt wurde.

„Bisher ist nicht bekannt, wann die Filterstation ihre Arbeit wieder aufnimmt. Heute haben wir einen Brief an die OSZE und das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination geschickt mit der Bitte, die Sicherheit der Mitarbeiter sicherzustellen. Wir können diese Frage nicht unbeachtet lassen“, sagte ein Vertreter des Pressedienstes des Unternehmen.

De.sputniknews.com: Übergangsregierung für Donbass? - Neuer Plan für Konfliktlösung stößt auf Widerstand

In den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sollen laut einem Plan von Viktor Medwedschuk, Chef der Bewegung „Ukrainski wybor“ („Ukrainische Wahl“) und Teilnehmer der Donbass-Verhandlungen, Übergangsregierungen ins Leben gerufen werden, mit denen die ukrainischen Behörden dann offiziell verhandeln können, schreibt die Nesawissimaja Gaseta am Montag.

Es waren Kandidaten vonnöten, die von der ukrainischen Seite begrüßt werden und im Osten der Ukraine als vertrauenswürdig gelten könnten. Im Gespräch sind der Chef des „Oppositionsblocks“, Juri Bojko, als künftiger Leiter der Übergangsverwaltung in der Volksrepublik Lugansk, und der bekannte Geschäftsmann Rinat Achmetow als Kandidat für die Leitung der Übergangsverwaltung in der Volksrepublik Donezk.

Diese Gerüchte wurden am Samstag von der einflussreichen Zeitung „Serkalo nedeli“ („Spiegel der Woche“) aufgegriffen. „Nach unseren Angaben hat Putin die Bereitschaft

bestätigt, Sachartschenko und Plotnizki gegen weniger anrühige Personen auszutauschen. Poroschenko hat nach unseren Angaben Interesse am Medwedtschuk-Plan gezeigt (...). Viktor Medwedtschuk schlug Poroschenko seinerseits angeblich Rinat Achmetow und Juri Bojko als Kandidaten vor. Die Kandidaten sollen dem Präsidenten gefallen haben“, teilt die Zeitung mit.

Bemerkenswert ist, dass sowohl Achmetow als auch Bojko sofort nach der Veröffentlichung des Artikels auf Bitte von ukrainischen Journalisten ihre Stellungnahmen abgaben. Keiner der beiden widersprach den Gerüchten.

Die Pressestelle des „Oppositionsblocks“ bestätigte, es habe „Konsultationen“ mit den Behörden gegeben, um zu helfen, die Minsker Abkommen zu implementieren, den Konflikt zu beenden und das unkontrollierbare Gebiet und die dort lebenden Menschen der Ukraine zurückzugeben.

Außerdem wurde Juri Bojko zitiert: „Wir haben das Ziel, dass im Donbass Wahlen im Rahmen der ukrainischen Gesetzgebung abgehalten werden, nach denen diese Gebiete in den Bestand der Ukraine zurückkehren würden. Sobald dort eine legitime Regierung, die von Kiew anerkannt wird, zustande kommt, wird der Prozess der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen anfangen. Wir wollen unserem Land helfen, dass der Konflikt im Osten beendet wird, und sind bereit, an jedem beliebigen Format teilzunehmen, mit dem wir zu einem Ergebnis kommen.“

Das Presseamt von Rinat Achmetow teilte mit, dass der Geschäftsmann „zu allem bereit ist, um den Krieg zu beenden, um das Leid der Menschen zu stoppen“. „Er ist wirklich bereit, alles zu machen, was von ihm abhängt, und sogar mehr. Die Hauptsache ist, dass kein Blut mehr vergossen wird. Rinat Achmetow unterstützt weiterhin eine Zusammenkunft am Verhandlungstisch.“

In den Volksrepubliken Donezk und Lugansk ist man vehement gegen diesen Plan. Der Sprecher des Parlaments der selbsternannten Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, sagte der Donezker Nachrichtenagentur: „Die in den ukrainischen Medien erschienenen Nachrichten darüber, dass Poroschenko vorschlägt, Rinat Achmetow zum Leiter irgendeiner mythischen Verwaltung der Sonderbezirke“ zu ernennen, offenbaren die höchste Stufe an Realitätsentfremdung, die von der Kiewer Regierungsclique erreicht wurde.“ Er erinnerte daran, dass es in den Minsker Abkommen kein Wort über eine Übergangsverwaltung gibt, und bezeichnete die Idee ihrer Bildung als absurd.

In der Volksrepublik Lugansk wurde mit der Festnahme von Juri Bojko gedroht, sollte er zum neuen Chef ernannt werden. Republikchef Igor Plotnizki sagte der Agentur „Lugansk Inform Center“: „Die Pläne Poroschenkos, den ukrainischen Oligarchen Juri Bojko zum Chef der Volksrepublik Lugansk zu ernennen, ist einfach wieder eine Dummheit (...). Bei dem Versuch, die Grenze der Volksrepublik Lugansk zu passieren, wird er sofort verhaftet.“

Gegen Medwedtschuks Plan sind auch einige ukrainische Politiker, darunter ein Teil des Abgeordneten-Corps. Die Vizesprecherin des ukrainischen Parlaments und Vertreterin der Partei „Samopomitsch“ (Selbsthilfe), Oksana Syroid, hob hervor, dass die Einführung einer Übergangsverwaltung in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk und die Ausklammerung der Rolle der externen Kräfte im Krieg im Osten bedeuten würde, zuzugeben, dass es im Donezbecken einen inneren Konflikt gab.

Gerade an diesem Szenario sei die russische Seite interessiert, meint der Chef des Unterausschusses für Staatssicherheit beim parlamentarischen Komitee für Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung, Andrej Lewus.

**Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben massives Feuer auf Sajzewo am nördlichen Rand von Gorlowka eröffnet, unter Beschuss der ukrainischen Streitkräfte gerieten Journalisten aus der DVR, von drei russischen föderalen Fernsehsendern und einer chinesischen Agentur, berichtet ein Korrespondent von DAN vom Ort des Geschehens. Insbesondere ist die Rede von einer Filmgruppe des staatlichen russischen Fernsehens, der ersten Kanals, des Fernsehsenders „Swesda“ und der chinesischen Informationsagentur „Xinhua“. Die Journalisten versuchen Schutz zu finden, im Moment gibt es keine Möglichkeit**

sie aus der Schusszone herauszubringen.  
Die ukrainischen Truppen schießen mit Granatwerfern und Schusswaffen.

De.sputniknews.com: Polens Verteidigungsminister Antoni Macierewicz „verbreitet Psychoterror“ mit seinen „wahnhaften Aussagen“, die das Smolensk-Flugzeugunglück, bei dem 2010 der polnische Präsident Lech Kaczyński ums Leben kam, als Anschlag Moskaus bezeichnen, wie die Sicherheitsausschuss-Chefin der russischen Staatsduma, Irina Jarowaja, äußerte.

Die polnische Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und besonders dessen Abgeordneter Antoni Macierewicz hatten stets Kritik an der offiziellen Version des Flugzeugabsturzes 2010 bei Smolensk geübt: Das Flugzeugunglück sei keine Folge menschlichen Versagens und einer Fehlentscheidung des polnischen Präsidenten, sondern angeblich ein vom Kreml im Voraus geplanter und durchgeführter Anschlag gewesen.

Nun bekleidet Macierewicz seit November 2015 den Posten des polnischen Verteidigungsministers und bleibt seinen russlandfeindlichen Theorien bis heute treu: Jüngst äußerte der Politiker, dass Polen damals zum „ersten Opfer des Terrorismus im Rahmen des heutigen Konflikts“ geworden sei und Russland die Schuld dafür trage.

„Wen bezeichnet der polnische Verteidigungsminister als Terroristen? Vielleicht die Piloten und den Präsidenten, die eigenhändig Entscheidungen trafen und deren falsche Handlungen zu der Tragödie führten? Um das als Terrorismus zu bewerten, muss man vollkommen nicht bei Sinnen sein“, antwortete Jarowaja auf die Anschuldigungen.

Solche „wahnhaften Aussagen“ des polnischen Kriegsministers seien „Psychoterror“, so Jarowaja.

„Wie kann ein Verteidigungsminister die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten, wenn er selbst Falschaussagen macht und sich das Recht vorbehält, einen Informationskrieg zu entfesseln, der die Grundlagen von Vertrauen und Sicherheit zerstört?“, fügte sie hinzu. Sie hoffe darauf, dass das polnische Volk derartige Dummheiten erkennen könne und die Aussagen von Macierewicz als ein „bedauerliches Missverständnis“ ansehe.

Auch der Kreml hat offiziell Stellung zu den Worten des polnischen Verteidigungsministers genommen: Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, müsse man nach den ausführlichen und umfangreichen Ermittlungen der Flugzeugtragödie solche Aussagen, die nichts mit den realen Umständen der Tragödie zu tun hätten, als unbegründet und voreingenommen erachten.

Vor fast sechs Jahren, am 10. April 2010, war bei Smolensk der polnische Präsidentenjet abgestürzt. Alle 96 Menschen an Bord kamen ums Leben, darunter polnische Spitzenpolitiker einschließlich des Präsidenten Lech Kaczyński. Nach Angaben der russischen Ermittler ist der Absturz unmittelbar darauf zurückzuführen, dass die Piloten die Warnungen der russischen Fluglotsen ignorierten und beschlossen, trotz Nebels in Smolensk zu landen.

Polens Luftwaffenchef Andrzej Blasik soll mit 0,6 Promille Alkohol im Blut die Piloten trotz wiederholter Warnungen der russischen Fluglotsen zur Landung gezwungen haben.

Das Zwischenstaatliche Luftfahrtkomitee (MAK) hatte im Jahr 2011 den Endbericht über die Ergebnisse einer technischen Untersuchung veröffentlicht, laut denen das Flugzeugunglück durch die Entscheidung der Crew, keinen Ausweichflughafen anzufliegen, sowie durch unzureichende Flugsicherung und mangelnde Pilotenausbildung verursacht worden war.

Macierewicz hatte als Leiter der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Flugzeugunglück behauptet, dass es zuvor an Bord mehrere Explosionen gegeben hätte.

Dan-news.info: Zeichnungen junger Künstler aus Städten, wo zu verschiedenen Zeiten sich tragische Geschehnisse – Kriege und Terrorakte – ereigneten, wurden heute im Donezker republikanischen Zentrum für Technik ausgestellt. Die Ausstellung „Kinder zeichnen den Frieden“, die auf eine internationale Tournee gehen wird, umfasst mehr als 400 Arbeiten. Die Ausstellung ist ein gemeinsames Projekt der Abteilung für soziale und humanitäre Hilfe

des allrussischen Komitees zur Lösung ökonomische Konflikte und zur Verteidigung der Menschenrechte und der gesellschaftlichen Organisation „Union der Einwohner des Donbass“.

Am ersten Tage der Arbeit des Projekts besuchten Vertreter des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR, Schüler Donezker Schulen und Vertreter der Öffentlichkeit die Ausstellung.

„All diese Zeichnungen sind einmalig und individuell. Wir sind sehr froh, dass in Donezk eine solche Ausstellung von Kinderzeichnungen stattfinden. Es ist zu sehen, dass alle Kinder sich bemüht haben und ihre Erlebnisse auf das Papier bringen wollten. Und es ist ihnen gelungen,“ sagte die stellvertretende Bildungsministerin Irina Simonowa.

Die Mehrheit der Zeichnungen kommt von Kinder aus den von Kämpfen betroffenen Städten Grosnyj (RF), Zchinwali (Südossetien), Lugansk (LVR). Außerdem schickten junge Künstler aus Beslan (RF) Bilder für die Ausstellung, wo im Jahr 2004 in der Folge eines Terrorakts 186 Kinder starben.

Mit Buntstiften und Farben malten die Künstler Symbole des Friedens, ihre Altersgenossen, Landschaften ihrer Heimat, die Teilnehmer an Kämpfen. Die Mehrheit der Arbeiten enthält Aufrufe zum Frieden. Das Alter der Künstler ist 7 bis 14 Jahre.

„Nach dieser Ausstellung werden alle Zeichnungen in verschiedenen Städten und Regionen Russlands und sogar Syriens ausgestellt. Jede Zeichnung ist die Seele eines Kindes und dadurch sind sie sehr wertvoll. Denn Kinder, die Krieg durchlebt haben, sehen die Welt auf ganz andere Weise“, unterstrich der Vertreter des allrussischen Komitees Alexandr Borisow.

„Es gab keine Auswahl, wir haben alle Zeichnungen in die Ausstellung genommen.“, sagte der Vertreter der „Union der Einwohner des Donbass“ Oleg Malyschew.

In der Hauptstadt der DVR wird die Ausstellung zwei Tage zu sehen sein, dann werden die Arbeiten in die RF gebracht. Die Organisatoren planen auch, die Kinderzeichnungen in Syrien, Abchasien und Kirgisien zu zeigen. Außerdem kam der Vorschlag, eine Veranstaltung in Deutschland zu machen. Nach einem Monat wird die Ausstellung „Kinder zeichnen den Frieden“ nach Donezk zurückkehren, wo die Ergebnisse der internationalen Tournee ausgewertet werden.



<http://dan-news.info/wp-content/uploads/2016/03/%D0%B4%D0%B5%D1%82%D0%B8-%D1%80%D0%B8%D1%81%D1%83%D1%8E%D1%82-%D0%BC%D0%B8%D1%80-5-1024x682.jpg>

De.sputniknews.com: Die ukrainischen Medienmeldungen über einen angeblichen verbalen Konflikt zwischen dem russischen Außenminister Sergej Lawrow und seinem ukrainischen Amtskollegen Pawel Klimkin beim Treffen der „Normandie-Vier“ am 3. März in Paris sind „Fantasien ukrainischer Journalisten“, wie die Sprecherin des Ministeriums, Maria Sacharowa, sagte.

„Das ist wieder eine Fantasie der ukrainischen Journalisten. Es hat wirklich eine Diskussion gegeben, die von Argumenten beider Seiten begleitet wurde. Ich kann nicht sagen, dass die Seiten ihre Verärgerung zu einigen Fragen nicht geäußert hätten, aber natürlich ist nichts über den Rahmen diplomatischer Verhandlungen hinausgegangen. Belege und Argumente wechselten sich ab“, betonte Sacharowa in einem Interview gegenüber dem TV-Sender Lifenews.

„Lassen wir alle diese Einbildungen über Konflikte oder Ähnliches auf dem Gewissen derjenigen liegen, die diese verbreiten. Natürlich hat es so etwas nicht gegeben“, so Sacharowa.

Zuvor hatten ukrainische Medien mitgeteilt, dass das Treffen der Außenminister der Länder der „Normandie-Vierer“ am 3. März in Paris „mit einer Schimpferei zwischen dem russischen und dem ukrainischen Vertreter“ zu Ende gegangen sei.

Laut ukrainischer Medien hätte sich Deutschlands Außenminister in die „Diskussion“ beider Minister einmischen müssen, damit Klimkin und Lawrow den Rahmen der diplomatischen Etikette nicht überschreiten.

De.sputniknews.com: Anwälten der internationalen Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya ist die Einreise nach Lettland zur Teilnahme an einem Gerichtsverfahren verweigert worden, wie der Direktor der Rechtsdirektion der Agentur, Jewgenij Koroljow, gegenüber Ria Novosti sagte.

Koroljow und seine Kollegin Elena Timoschenkowa sollten die Ablehnung eines Registrierungsantrags von Rossiya Segodnya in Lettland vor Gericht anfechten. Bei Ankunft mussten sie Koroljow zufolge zunächst eineinhalb Stunden am Grenzübergang warten. Danach sei ihnen die Einreise unbefristet verboten worden, da sie angeblich eine Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes darstellten. Die beiden Anwälte haben keine offizielle Erklärung für die Entscheidung bekommen.

Eine solche Maßnahme kann davon zeugen, dass „die Regierung Lettlands unsere Position vor Gericht absichtlich schwächen will, indem sie die Vertreter der Agentur daran hindert, vor Gericht zu sprechen“, erklärte Koroljow. Nun werden nur einheimische Anwälte an den Gerichtsverhandlungen in Riga teilnehmen.

**Dan-news.info: Die Journalisten der russischen Fernsehsender, der chinesischen Agentur Xinhua und von Medien der DVR haben die Zone des Beschusses in Sajzewo bei Gorlowka verlassen, teilte ein Korrespondent von DAN vom Ort des Geschehens mit.**

**Die Journalisten befinden sich jetzt an einem sicheren Ort. Verletzt wurde niemand.**

**Der Korrespondent von DAN berichtet, dass sofort nach der Abfahrt der Medienvertreter das Feuer von Seiten der ukrainischen Truppen auf den Ort eingestellt wurde.**

De.sputniknews.com: Todesgefahr trotz Waffenruhe: Im Donbass sind Journalisten der Donezker Volksrepublik, Russlands und Chinas unter schweren Beschuss geraten, meldet die Donezker Nachrichtenagentur am Montag.

Die in Minsk vereinbarte Waffenruhe gilt offenbar nicht für den Schutz von Journalisten. Laut der Donezker Nachrichtenagentur eröffneten ukrainische Militärs am Nachmittag das Feuer auf das Dorf Sajzewo nördlich der Stadt Gorlowka. Unter Beschuss gerieten dabei Donezker Journalisten und Mitarbeiter der russischen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft WGTRK und

einer Reihe russischer Fernsehsender sowie Korrespondenten der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua.

Mittlerweile seien die Journalisten in Sicherheit, es gebe keine Verletzten. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Donezker Volksrepublik wurden die Kampfhandlungen eingestellt.

Seit Beginn des bewaffneten Konflikts in der Ost-Ukraine sind durch Beschuss der ukrainischen Streitkräfte vier russische Journalisten ums Leben gekommen: der Journalist Igor Korneljuk und sein Tontechniker Anton Woloschin vom Nachrichtensender Rossija 24, der Fotograf Andrej Stenin sowie der TV-Kameramann Anatoli Kljan....

De.sputniknews.com: Korruptionsbekämpfung in Ukraine: EU erwartet Umsetzung aller Forderungen

Die Ukrainer haben immer noch die Chance, bereits in diesem Jahr visafrei nach Europa einzureisen. Die ukrainischen Behörden müssen für dieses Ziel jedoch noch viele wichtige Schritte unternehmen, schreibt die Zeitung „Nowyje Iswestija“ am Montag.

Die ukrainische Werchowyna Rada wird das Gesetz, das die Einführung von elektronischen Steuererklärungen für Beamte vorsieht, erneut prüfen. Da in dieses Dokument mehrere widersprüchliche Punkte eingebracht worden waren, die von der EU kritisiert wurden, legte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Samstag sein Veto dagegen ein. Am 17. März fliegt er nach Brüssel und verspricht, die Verhandlungen über den visafreien Reiseverkehr mit den Schengen-Ländern zu Ende zu bringen.

Bei der Blockierung des Dokuments hob Poroschenko hervor, dass die Änderungen in dem Papier von seiner Administration und Bürgeraktivisten ausgearbeitet wurden. Sie wurden bereits von der EU gutgeheißen.

Es handelt sich um ein Dokument, das von europäischen Experten und Bürgeraktivisten konzipiert wurde und vom ukrainischen Parlament nach den skandalösen Vorschlägen des fraktionslosen Abgeordneten Vadim Denissenko geändert und gebilligt wurde. Dort ist vorgesehen, dass die strafrechtliche Verantwortung für falsche Angaben erst ab 2017 gültig ist. Es gab auch andere gravierende Mängel in dem Dokument. Nach seiner Verabschiedung wurde klar, dass das Gesetz in dieser Form nur zur Verschiebung der Aufhebung der EU-Visapflicht für die Ukraine führen kann.

In der EU gibt man äußerst vorsichtige Kommentare zu den Perspektiven ab. So sagte der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, dass der positive Beschluss der ukrainischen Abgeordneten über eine elektronische Steuererklärung ein bedeutender Fortschritt bei der Umsetzung der Antikorruptionspolitik sein wird und die EU-Integration der Ukraine bereits in wenigen Jahren ermöglicht.

EU-Skeptiker behaupten, dass die Ukraine die Visafreiheit aller Wahrscheinlichkeit nach erst 2017 bekommt, da die Annahme von EU-Beschlüssen ein ziemlich langwieriger Prozess ist. Erstens muss die EU-Kommission dem Europarat und dem Europarlament die gesetzgebende Initiative vorlegen, die bis zu einem Monat behandelt wird. Aber im Fall Ukraine wird die EU-Kommission erst dann etwas unternehmen, wenn alle Forderungen im Kampf gegen die Korruption in der Ukraine erfüllt worden sind.

**Dnr-online.ru/Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

**Die Lage in der DVR hat sich in der letzten Woche heftig verschärft.**

**In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen 294 Mal das Territorium der Republik in der Folge von 67 Verletzungen der Feuertstellung beschossen.**

**Die Ukronazisten haben zehnmal Panzerwaffen in Richtung Jasinowataja angewendet, sie haben mit Granatwerfern 40 Geschosse des Kalibers 120mm auf die Territorium von Losowoje, 34 Geschosse auf das Territorium von Nikolajewka und 28 Geschosse des gleichen Kalibers auf Staromichajlowka. Insgesamt verwendete der Gegner während der**

Beschüsse: 15 Mal Panzerwaffen, 120 Mal Granatwerfer des Kalibers 120mm, 105 Mal Granatwerfer des Kalibers 82mm. Ebenfalls verwendete der Gegner Panzertechnik, verschiedene Typen kleinerer Granatwerfer, Abwehrgeschosse und Schusswaffen. Die ukrainische Seite hat in der letzten Woche das Territorium der Republik 2009 Mal beschossen, darunter 282 Mal mit schweren Waffen.

Am intensivsten wurde unter Verwendung von schweren von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen folgende Ortschaften beschossen: Sajzewo, Spartak, Staromichajlowka, Shabunki, Dokutschajewsk, Weseloje, das Gagarin-Bergwerk, Kominternowo, Alexandrowka, Jasinowataja, Staromichajlowka, Losowoje, Sachanka, Besymennoje, Sosnowskije, Nikolajewka, das Gebiet des Flughafens, das Volvo-Zentrum, die Bezirke Petrowskij und Kujbyschewskij von Donezk.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden ein Soldat der Streitkräfte der DVR und zwei friedliche Einwohner verletzt, es wurden acht Wohnhäuser und ein Wasserturm in Nikolajewka beschädigt. In Sajzewo brannte in der Folge eines Treffers eines ukrainischen Geschosses ein Wohnhaus ab. Die Verletzung der Minsker Vereinbarungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist zum System geworden, wobei auf die genannten Verletzungen keine Sanktionen erfolgen, keine Strafverfahren wegen Kriegsverbrechen eröffnet werden, niemand die Verantwortung für den Tod und die Verletzung von Menschen übernehmen muss.

Die Lage in Richtung Gorlowka im Bereich der Straße Donezk-Gorlowka hatte in der letzten Woche eine Tendenz zur Verschärfung und ist weiter kritisch. Versuche von Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte Gebiete einzunehmen sind mehrfach erfolgt. Das Ergebnis ist allen bekannt. Mehr noch, um die militärisch-politische Führung zu rechtfertigen, wird unter Nutzung von Massenmedien versucht, sich von der positiven Seite darzustellen und der Öffentlichkeit gefälschte Siege zu zeigen. Ich merke an, dass ein solches Herangehen nicht das erste Mal zur Rechtfertigung genutzt wird.

Die Streitkräfte der DVR werden auch weiterhin das Land des Donbass verteidigen, die andere Wange werden wir nicht hinhalten.

Ich möchte besonders auf die anhaltenden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Jasinowataja eingehen. In der Folge der Beschüsse der Strafruppen wurde gestern die Arbeit der Filterstation eingestellt, die eine Reihe von Ortschaften mit Wasser versorgt, darunter Donezk. Reparaturarbeiten an der Station werden durch die nicht endenden Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte verhindert. Wir bewerten die genannten Handlungen der Ukraine als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zur Schaffung einer humanitären Katastrophe auf dem Territorium der Republik.

Die Beobachter der OSZE-Mission haben mehrfach in ihren Berichten das Fehlen von ukrainischen Waffen und Militärtechnik in den Lagerorten angeführt, ein Teil der von den Beobachtern inspizierten Orte war leer. Die Ukraine führt dreist ihre Verlagerung in die Pufferzone an der Kontaktlinie durch.

Die OSZE-Mission, die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von der ukrainischen Seite brachten keinerlei Anstrengungen zur Stabilisierung der Lage ein. Die Ukraine strebt nach der Umsetzung ihres nationalistischen Plans zum Genozid an der friedlichen Bevölkerung und zur Zerstörung der Infrastruktur der jungen Republik.

Die Erklärungen der Ukraine über Beschüsse ihres Territoriums unterliegen keinerlei Logik und es gibt dafür keinerlei Beweise.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass alle Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite auf dem Hintergrund der Treffen der Außenminister der Länder der Normannischen Vier und der Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass erfolgen. Unsere gemeinsamen Anstrengungen beim Erreichen von Frieden im Donbass laufen ins Leere aufgrund der Aktivitäten der Ukraine, die ein Spiel hinter den Kulissen spielt, mit Deckung ihrer Herren von jenseits des Ozeans. Während sie die DVR der Provokationen beschuldigt, zieht die ukrainische militärisch-politische Führung verbotene Arten von Waffen in die Pufferzone, vergrößert die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung und alles das geht ihnen irgendwie von der Hand. Haben die Vertreter der OSZE-Mission, einer solch respektierten Organisation, keine

Zeit, die Aufmerksamkeit darauf zu richten und Maßnahmen zur Behebung dieses kriminellen Vorgehens zu ergreifen?

vorschriftswidrigen Beziehungen zwischen den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte dienen. Nach unseren Informationen sind allein in den letzten zwei Wochen im Charkower Militärkrankenhaus hundert Soldaten der ukrainischen Streitkräfte eingeliefert worden, mehr als zwei Drittel davon haben Verletzungen, die mit vorschriftswidrigem Verhalten zwischen Soldaten verbunden sind. Aber was bemerkenswert ist, diese nicht kampfbedingten Verluste Der Besuch des Präsidenten der Ukraine in der Türkei und sein Treffen mit dem Staatsoberhaupt hat bereit ein Ergebnis. Von unseren Quellen wurde uns bekannt, dass in Richtung Mariupol Abteilungen aufgetaucht sind, zu denen Bürger der Türkei gehören. Dieser Fakt zeugt von vielem. Der Präsident und die Führung der Ukraine sind bereit alles zu tun, um das Feuer des Konflikts anzufachen und dabei das Leben nicht nur ihrer eigenen Soldaten, sondern von ausländischen zu opfern. Die Unfähigkeit auf die Situation in der eigenen Armee Einfluss zu nehmen, die Unfähigkeit eine Kontrolle über die Kommandeure von Abteilungen auszuüben, zwingt die Führung der Ukraine, sich um ausländische militärische Unterstützung zu bemühen. Die ukrainische Führung führt eine ständige Rotation von Abteilungen entlang der Kontaktlinie durch, was zu zeitweiligem und manchmal ständigem Verlust der Koordination der Abteilungen führt. Als ein Beispiel kann die Zunahme der werden als kampfbedingt ausgegeben, um die gesamte Hilflosigkeit und Unfähigkeit der ukrainischen militärisch-politischen Führung und des Kommandos der Vereinigungen und Teil der ukrainischen Streitkräfte zu verbergen.

Es ist wichtig anzumerken, dass das ukrainische Kommando nach einer Reihe von nicht gelungenen Provokationen mit der Veröffentlichung der Verluste unter seinen Soldaten begonnen hat. Dabei werden zu niedrige Verluste einige Zeit später angegeben, nach den gescheiterten Angriffen bei Jasinowataja und Awdejewka. Die reale Zahl der Toten wird natürlich von der Ukraine vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Außerdem versucht das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zur Rechtfertigung ihrer Misserfolge, im Namen von Freiwilligenorganisationen die Verluste der Abteilungen der Streitkräfte der DVR wesentlich zu übertreiben, was mindestens Dummheit ist. Trotzdem ist aufgrund der Tatsache des Todes von Dutzenden ukrainischen Soldaten vom Generalstab der Ukraine in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine eine Untersuchung veranlasst worden mit sich daraus für das Kommando ergebenden Folgen.

Es wurde festgestellt, dass wegen des Fehlens von Personal vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte Wehrpflichtige in die „ATO“-Zone geschickt wurden. Der Fakt der Anwesenheit von Wehrpflichtigen an den Frontpositionen in zwei Bataillonen der 36. Marineinfanteriebrigade wurde in der Folge des Tods zweier dieser Soldaten im Gebiet von Sopino aufgedeckt. Die Informationen über dieses Ereignis wurden vom ukrainischen Kommando sorgfältig verheimlicht, um nicht eine Welle der Unzufriedenheit beim Volk auszulösen.

Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass Soldaten des 3. Luftlandebataillons der 79. Luftlandebrigade das kommandierende Personal des Bataillons, das im Gebiet von Rosowka stationiert ist, als Geiseln genommen haben. Unter der Drohung mit Anwendung von Feuerwaffen haben die Soldaten zwei Stunden lang verlangt, sie aus der ATO-Zone abziehen, wohin sie nach einer Rotation innerhalb der Brigade gelangt sind. Inzwischen ist die Gruppe von Soldaten unschädlich gemacht worden, mit ihnen befassten sich Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine und Psychologen.

Es wurde die Vorbereitung eines Terrorakts durch Soldaten der 56. mechanisierten Brigade gegen Oberst Liwadnyj, der im Rahmen einer Inspektionskommission eingetroffen war, zur Verheimlichung von Fakten ernsthafter Rechtsverletzungen durch das kommandierende Personals der 56. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aufgedeckt. Im Vorfeld wurde im Gebiet von Sarja die Sprengung des leichten weißen Fahrzeugs vom Typ „Ford“ vorbereitet, mit dem der aus dem übergeordneten Stab eingetroffene Offizier fahren würde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Liquidierung des Soldaten als Ergebnis eines Beschusses von Seiten der Streitkräfte der DVR dargestellt werden wird. Die Ursache für die Beseitigung des Mitglieds der Kommission ist mit dem Sammeln von Unterlagen in Bezug auf die Führung der 56. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte und deren

Übergabe an den Sicherheitsdienst der Ukraine verbunden. Derzeit bereitet der Sicherheitsdienst der Ukraine Maßnahmen zur Säuberung einer Reihe militärischer Führungspersonen vor, deren Schuld durch die Sammlung von Beweisen begründet werden soll. Zu diesem Ziel werden vom Sicherheitsdienst der Ukraine kontrollierte Soldaten herangezogen.

In Tschermalyk wurde von Soldaten einer Granatwerferabteilung der 56.

Panzergranadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte mit Schusswaffen eine 42 Jahre alte Frau getötet. Wahrscheinlich ist der Grund für das Erschießen der Einwohnerin ihre Forderung, die Beschüsse von den Feuerpositionen aus einzustellen, die in ihrem Hof liegen. Zum Abschluss, von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass vom Kommando der 58. mechanisierten Brigade Exkursionen für ausländische Bürger in die ATO-Zone durchgeführt werden, die auf normalen Routen in die Ukraine gekommen sind. Die Kosten einer Besichtigungstour in die Kampfzone betragen 1700 ukrainische Griwna. Insbesondere ist anzumerken, dass gestern ausländischen Bürgern erlaubt wurde, beim Beschuss des 13. mechanisierten Bataillons der 58. Panzergranadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte mit Abwehrgeschützen und Granatwerfern von den Positionen nordöstlich von Awdejewka anwesend zu sein. Auf diese Weise nehmen die ukrainischen Soldaten nicht nur zusätzliche Mittel für die Strafoperation ein, sondern riskieren Leben. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dem übergeordneten Stab von den Exkursionen nichts bekannt ist oder umgekehrt, dass der Tod ausländischer Bürger dem ukrainischen Kommando nützlich ist und sie im Zusammenhang damit solche Touren erlauben.

De.sputniknews.com: Die wirtschaftlichen Gegensanktionen Russlands gegen den Westen bleiben in Kraft, solange äußerer Druck auf Russland ausgeübt wird. Hier sollten keine Illusionen geweckt werden, sagte der russische Premier Dmitri Medwedew am Montag in Bezug auf den Importstopp für Nahrungsmittel aus Ländern, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben....

De.sputniknews.com: Die EU-Außenminister haben in einer Sitzung am Montag in Brüssel fünf Prinzipien vereinbart, nach denen sich die Europäische Union in den Beziehungen zu Russland richten soll, wie eine informierte Quelle Journalisten mitteilte. Die EU-Chefdiplomatin Federica Mogherini solle diese Prinzipien später bekannt geben. „Die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist eine Bedingung für beliebige Veränderungen in der EU-Politik gegenüber Russland. Es ist notwendig, die Zusammenarbeit der EU mit den östlichen Partnern zu stärken sowie die Stabilität der EU zu festigen. Jegliche Kooperation mit Russland muss von den EU-Interessen geleitet werden. Es ist zudem notwendig, Bürger der EU und Russlands in Verbindung zu bringen, sowie die bürgerliche Gesellschaft in Russland zu unterstützen“, sagte die Quelle aus der EU, die nicht genannt werden wollte. Der Quelle zufolge hatte Mogherini die Prinzipien in der Sitzung genannt, die EU-Minister stimmten diesen zu.

Dan-news.info: Zwei Soldaten der Kräfte der DVR wurden in der Folge des Beschusses von Sajzewo im Norden von Gorlowka verletzt. Dies teilte die Verwaltung des Nikitowskij-Bezirks der Stadt mit.

„Gestern Abend wurden in Sajzewo durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte zwei Soldaten der DVR verletzt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

De.sputniknews.com: Die ukrainische Regierung macht Ausverkauf: In diesem Jahr sollen 450 Staatsunternehmen privatisiert werden. Weil es keine Nachfrage nach den noch in der Sowjetunion geschaffenen Unternehmen gibt, bietet Kiew Rabatte von bis zu 60 Prozent an. Nach dem Aussetzen der IWF-Finanzierung mangelt es Kiew offenbar extrem an Geld. Der Fonds für Staatsvermögen der Ukraine (FGI) hat angekündigt, im März die Staatsanteile an 22 Staatsbetrieben wie etwa das Funkgerätewerk Tschernihiw für 40 Prozent des Marktwertes privaten Investoren anzubieten. Weitere neun Unternehmen, darunter das Maschinenwerk Artjomowsk sollen mit einem 50-Prozent-Rabatt unter den Hammer gehen. Diese Firmen stehen bereits seit langem auf der Verkaufsliste. Weil sich bisher keine Interessenten meldeten, musste der Preis drastisch reduziert werden. „All diese Aktienpakete wurden bereits mehr als zehnmals angeboten, jedoch fanden sich bislang keine Käufer“, teilte FGI offiziell mit.

Von der Massenprivatisierung verspricht sich die ukrainische Regierung Einnahmen von einer Milliarde US-Dollar. Die Staatsreserven des finanziell angeschlagenen Landes betragen jetzt rund 13,5 Milliarden US-Dollar.

### **Abends:**

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute Abend den Beschuss des von der DVR kontrollierten Teils von Sajzewo nördlich von Gorlowka wieder aufgenommen. Dies teilte heute eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Gegen 17:30 haben ukrainische Truppen den Beschuss von Sajzewo wieder aufgenommen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

„Gegen 17:30 haben ukrainische Truppen den Beschuss von Sajzewo wiederaufgenommen“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass aus dem besetzten Dorf Showanka auf die Positionen der DVR in Sajzewo mehr als fünf Granatgeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen wurden. Die ukrainische Seite verwendet auch kleinere Granatwerfer und Schusswaffen.

De.sputniknews.com: Russlands Präsident und Oberbefehlshaber Wladimir Putin hat Verteidigungsminister Sergej Schoigu angewiesen, die russische Gruppierung aus Syrien vom Dienstag an abzuziehen. „Die dem Verteidigungsministerium gestellten Aufgaben sind im Großen und Ganzen erfüllt“, erklärte der Staatschef am Montag in Moskau.

Dank dem russischen Einsatz sei es gelungen, einen Umbruch im Kampf gegen den Terrorismus zu erzielen, sagte er. „Der russische Stützpunkt und der Flugplatz in Hmeimim (bei Latakia) werden weiter funktionieren. Sie sollen zuverlässig geschützt werden.“

Er habe Syriens Präsident Baschar al-Assad von der Entscheidung telefonisch in Kenntnis gesetzt. „Ich hoffe, dass der Beschluss zum Truppenabzug allen Konfliktseiten ein gutes Signal senden und zur friedlichen Beilegung des Konflikts beitragen wird“, betonte Putin.